

Offenbar notwendig 3 Mal in Leipzig.
 Verkauften und Buchbindungen des In- und Auslandes an.
 Postal-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:
 H. E. Sorge,
 Box 101 Hoboken, N. J.
 C. L. Duncker,
 33 N. Market str. corn.
 Madison str. Chicago, Ill.

Der Volksstaat

Abonnementpreis:
 für Preußen incl. Stempelsteuer 21 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnement werden bei allen Deutschen Postämtern auf den 2. u. 3. Monat u. auf den 3. Monat besonders angenommen, im Lsg. Sachsen u. Preußen, in Lsg. Mecklenburg auch auf den 1. Monat 4 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.
 Nr. 84. Freitag, 12. September. 1873.

An die Parteigenossen!

Die am Sonnabend, den 6. September, hier stattgefundene Wahl des Parteiauswärtigen hatte folgendes Resultat:
 R. Praast, 1. Vorsitzender.
 Th. Kübel, 2. Vorsitzender.
 Th. Nord, Sekretär.
 H. Benncke, Kassierer.
 A. Geib, Beisitzer.
 Hamburg, 8. September 1873.

Die Wahlkommission:

C. Köhler, Hamburg. H. Somann, Altona.
 Otto, Harburg.

Die Wahlversammlung nahm nach der Wahl Nord's die Erklärung zu Protokoll, daß — mit Rücksicht auf den betreffenden Beschluß des diesjährigen Congresses — Nord die amtliche Thätigkeit als 1. Vorsitzender des Ausschusses der Gewerkschaft der Holzarbeiter nur bis zu der, Anfangs Oktober ds. J. stattfindenden Generalversammlung genannter Gewerkschaft gestattet sein soll. Die sofortige Berichtsleistung wurde deswegen nicht gefordert, weil es sich nur um drei Wochen Zeit und außerdem um die ordnungsmäßige Abwicklung der mit dem Amte eines 1. Vorsitzenden des Ausschusses der Gewerkschaft der Holzarbeiter bis dato für Nord verbundenen Verpflichtungen handelt.
 August Geib, Vorsitzender der Versammlung.
 H. Hanstein, Schriftführer der Versammlung.

An die Parteigenossen!

Durch Congressbeschluß zum dritten Mal als Borort der Partei zur Wahl des Ausschusses berufen, haben die Parteimitglieder Hamburgs und dessen Umgegend diese Pflicht erfüllt, und die Unterzeichneten mit der Geschäftsführung und Parteileitung beauftragt. Der neugewählte Ausschuss, welcher heute sein Amt antritt, verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für die Verwirklichung aller in unserem Programm ausgesprochenen Grundsätze. Diese und ausschließlich nur diese sollen unter Anschluß an die Bestimmungen der Parteioorganisation, in Bezug auf die Parteileitung maßgebend sein.

Wir huldigen dem Wahlspruch, welchen der Borort Hamburg durch die gewählten Parteiauswärtigen schon früher ausgesprochen hat: „Die Einheit der Partei stets kräftig zu fördern,“ und werden in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht dafür eintreten.

Hatte der erste Hamburger Ausschuss die Aufgabe, die zerstreuten Kräfte zu sammeln, war es dem zweiten vom Borort Hamburg gewählten Ausschuss vorbehalten, für Ausbreitung der Partei nach Außen, für die Kräftigung derselben im Innern einzutreten, die einheitliche Organisation der Partei wesentlich zu fördern, und auch agitatorisch erfolgreich zu wirken, so wird es unsere Aufgabe sein, geführt auf: in den letzten zwei Jahren gesammelten Erfahrungen, weitere Erfolge zu erringen.

Innere Organisation war die Förderung der unumgänglich notwendigen Parteidisziplin, und die damit eng verbundene Kräftigung des Kampfes angelegen sein lassen. Wir fordern daher alle Parteigenossen auf, uns in der Ausübung dieses Voratzes eifrig zu unterstützen, und die Parteigelder pünktlich als bislang zu bezahlen, da wir gewillt sind, den Congressbeschluß, daß die säumigen Orte öffentlich angemahnt werden sollen, rücksichtslos durchzuführen.

Sollen die Erfolge, welche die Partei und zwar mit voller Siegeszuversicht, bei den nächsten Reichstagswahlen zu erkämpfen hofft, erreicht werden, so ist es notwendig, alle Kräfte und Mittel auf diesen Kampf zu konzentriren.

Wir werden in kürzester Zeit den Congressbeschläßen gemäß, Anordnungen treffen, die in geeigneter Weise die Gründung eines Wahlfonds bezwecken, und es auch ermöglichen, zu rechter Zeit gerüstet und schlagfertig aufzutreten. Wie auf allen Gebieten, so müssen wir auch auf diesem entschieden vor jeder Zersplitterung warnen, hoffend, daß ein jeder Parteigenosse den jüngsten Congressbeschläßen geistig und materiell voll und ganz Rechnung tragen wird.

Parteigenossen! So wie wir unser Amt antreten im Bewußtsein der an uns gestellten großen Anforderungen und wie wir gewillt sind, unsere Pflicht der Partei gegenüber voll und ganz zu thun, so erwarten wir aber auch von Euch, daß Ihr mit allen Euch zu Gebote stehenden Kräften, mit der Energie und Ausdauer, die Ihr bisher bewiesen habt, und mit der Opferwilligkeit, die eine ehrenvolle Eigenthümlichkeit unserer Partei ist, ebenfalls Eure Pflicht thun und festen Muthes mit uns Hand in Hand gehen werdet.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Hamburg, den 6. September 1873.
 Der Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
 R. Praast. Th. Kübel. Th. Nord.
 H. Benncke. August Geib.

Die Ausschussitzungen finden bis auf Weiteres jeden Donnerstags Abend statt.

Alle Parteigelder sind zu senden an den Kassierer H. Benncke, Al. Schäferlamp 34. Alle Briefe u. an den Sekretär Th. Nord, Al. Schäferlamp 13.

Ein Fortschritt in den Reihen des Kathedersozialismus,

nebst Hinweis auf die Beziehungen desselben zum Lassalleismus, sowie zum Sozialismus und Kommunismus.
 (Schluß.)

Der Verfasser erläutert nun seine Formel der sozialen Frage: „Es ist darin enthalten jene allgemeine Frage, die jeder unde-

fangene Beobachter der sozialen Zustände staunend stellt: Warum in unserm Zeitalter, wo man so gern mit Freiheits- und Gleichheitsphrasen prahlt, der Kampf um's wirtschaftliche Dasein der großen Menge immer schwieriger zu werden scheint; während der leichte Erwerb, die rasche Bereicherung nur bei einer kleinen Minderzahl sich findet, die so frei ist, von allen Mitteln der modernen Technik und Gründung den rücksichtslosesten Gebrauch zu machen? warum die Freiheit der Kapitalverwendung gerade jetzt zur Kapitalverschwendung für Aktienunternehmungen gemißbraucht wird, die ihrer Natur nach für eine solche Form des Betriebs ganz ungeeignet sind; und zudem das Kapital immer mehr zu einer unpersonlichen Macht konzentriren, das der Arbeit schroff gegenüber tritt?

Es ist darin enthalten die Frage des Mittelstandes, daß der Großbetrieb so viele Industriezweige aufsaugt, das kleine Handwerk in's Schlepptau nimmt und den Raum zu selbstständiger wohlhabender Entwicklung immer mehr einengt.

Es ist weiter darin enthalten die Frage der Arbeiter, daß die Macht der Unternehmer sich ihnen gegenüber so drückend und beschränkend fühlbar macht, und daß die zunehmende Spezialisierung der Arbeitsverrichtungen und die zunehmende Maschinenanwendung sie immer mehr zu todten, unfreien Produktionswerkzeugen herabwürdigen; und es scheint gleichfalls darin enthalten die ganze Frage über jenen ungesunden, der Gesellschaft unwürdigen Kampf, den wir „Arbeiterbewegung“ nennen.

Und endlich scheint darin zusammengefaßt zu sein die Frage nach der traurigen Erscheinung: wie bei aller äußeren Freiheit der Familiengründung von dieser Freiheit doch spärlicher Gebrauch gemacht wird, als die Volksvermehrung erheischt; und da, wo dann Gebrauch davon gemacht wird, die Familie so oft kein Haushalt im alten guten Sinne mehr ist, wo in der freundlichen eigenen Familienwohnung der Mann der Erhalter, die Frau die Ordnerin des Lebens und Erzieherin ist, sondern eine Erwerbsgenossenschaft in elender Miethalsterne, wo Frau und Mann selbstständig verdienen müssen und die Kinder nur eine Last sind, die man sich mit Hilfe der leidigen Krippen, Bewahranstalten, Kindergärten, oder wie diese traurigen Anstalts-Einrichtungen sonst heißen mögen, vom Halse schafft, bis sie selbstständig verdienen können; und daß damit auch die Frauen in den wirtschaftlichen Kampf um's Dasein mit hineingezogen werden, aus dem sie weniger Gewinn und Lohn zu ziehen im Stande sind, als die kampfbereiteren Männer, und in welchem sie ihrer Natur nach so oft unterliegen.

All diese Fragen und Klagen, meine ich, sind in jener Frage zusammengefaßt und formulirt.

Daraus folgt als selbstverständlich, daß die soziale Frage zu einer wirtschaftlichen Interessen- oder Parteifrage werden muß und darum all den Verdunklungen, Uebertreibungen, schiefen Beurtheilungen ausgesetzt ist, denen eine Parteifrage als solche ausgesetzt zu sein pflegt. Somit unterliegt die Lösung der sozialen Frage einer doppelten Schwierigkeit: Der ihres Umfangs: als gesellschaftliche Organisationsfrage, und der ihrer Natur: als gesellschaftliche Parteifrage. Und schon daraus geht hervor, daß, wenn die Frage friedlich gelöst werden soll, an ihrer Lösung in erster Linie eine Macht mitwirken muß, welche, mit ausreichenden Mitteln und Einsicht ausgestattet, über den Parteiinteressen steht. Und eine solche ist vor Allen die Staatsgewalt, welche selbstverständlich die Thätigkeit der Interessenten nicht lahm legen, sondern vielmehr ihr ordnend und ergänzend zu Hilfe kommen soll.

Wenn wir dann aber die allgemeine Richtung, in der sich die Lösung der sozialen Frage zu bewegen haben wird, weiter zu bestimmen suchen, so werden wir dabei zwei Punkte in's Auge fassen müssen:

„Erstens müssen wir uns erinnern: warum wirkt doch die Ordnung der Freiheit und Gleichheit nicht auf alle Theile der Gesellschaft in der diesem Prinzip entsprechenden Weise?“

„und zweitens müssen wir feststellen: welche Theile oder Klassen der Gesellschaft sind es insbesondere, die unter jenem Widerspruch vornehmlich leiden, und denen Hilfe gewährt werden muß?“

„Was den ersten Punkt betrifft, so liegt also die Sache so: Man hat allen Klassen und Gliedern der wirtschaftlichen Gesellschaft dieselbe Freiheit und Gleichheit eingeräumt, alle gleichmäßig der staatlichen Bevormundung entzogen, ohne die faktisch unter ihnen bestehenden Ungleichheiten materieller und geistiger Art fortzueräumen zu können. (Vesser: fortzuräumen.) Nun ist es klar, daß wenn man zwei ungleich starke dieselbe Freiheit des Kräftegebrauchs gibt, der Stärkere einen verhältnismäßig ausgiebigeren Gebrauch seiner Kräfte machen kann, und geneigt sein wird (wenn ihn kein harter moralischer Trieb zur Selbstbeschränkung führt), den Schwächeren seinen Zweden in oft harter Weise dienlich zu machen, namentlich wenn es sich um wirtschaftliche Interessen handelt. Und wenn dies nun geschieht, wie es in der Entwicklung unserer Volkswirtschaft thatsächlich der Fall war und ist, so müssen, um das Gleichgewicht in der Gesellschaft zu erhalten, Anstalten getroffen werden, zum Schutze der betroffenen Schwächeren innerhalb dieser freien Ordnung. Hierzu gibt es nun drei Wege:

„Erstens der betroffene Theil der Gesellschaft selbst, in den Stand der Nothwehr versetzt, sucht sich durch eigene Kraft, durch Selbsthilfe zu schützen; und er wird die dazu nöthige Stärke vorzüglich finden im Zusammenschluß der vereinzelter Kräfte, in der Vereinigung, der Association. Dies ist in der That in der That in umfassendem Maße geschehen, in Form der Genossenschaften der kleinen Bestzer, durch Zusammentreten der Arbeiter zu Arbeitseinstellungen und zu Gewerksvereinen.

„Der zweite Weg ist der, daß die Stärkeren freiwillig, oder moralisch gezwungen, sich Schranken auferlegen im Gebrauch ihrer Freiheit. Das ist auch in neuester Zeit, wenn auch verhältnismäßig noch in geringem Maße, geschehen, durch allerlei Einrichtungen, namentlich von Seiten der industriellen Unternehmer: Beschränkung

der Arbeitszeit, Sorge für Bohnung, (!) Familienleben, Bildung der Arbeiter; Gewinnbetheiligung der Gehilfen am Unternehmen und dergleichen mehr.

„Der dritte Weg ist der, daß die Staatsgewalt neue rechtliche Ordnungen schafft, zur Verhütung des Mißbrauchs der Freiheit und zum Schutze und zur Stärkung der Gefährdeten; und zwar ist natürlich hier nicht von Rechtsordnungen die Rede, welche, nach Art der früheren, Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnisse neu schaffen und dadurch die erungene Freiheit wieder vernichten, sondern nur von Schutzmaßregeln im Interesse der thatsächlich freien Entwicklung der Gefährdeten. Dieser Weg ist bereits gleichfalls mit Erfolg betreten, (der Redner hat die Schweiz im Auge), besonders in den Fabrikgesetzgebungen und der gesetzlichen Erleichterung genossenschaftlicher Bildung der Kleinbesitzer und Arbeiter.

„Von diesen drei Wegen schließt keiner den andern aus: aber von dem ersten (der Arbeitercoalition) erhellt, daß er als der Ausfluß eines Nothstandes die Gefahr des sozialen Kampfes in sich birgt, wenn ihm nicht von starker Hand die richtige Bahn vorgezeichnet wird. Von dem zweiten (der Fabrikantenhumanität) ist klar, daß er insofern unzureichend ist, als seine Verfolgung von dem guten Willen Einzelner abhängt, denen minder humane und willige Mit-Interessenten und Konkurrenten unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten können; und daß er den Fehler hat, daß man das als ein Geschenk gibt, was die Besessenen als Recht beanspruchen können. (Vergleiche dagegen die an der Spitze des Artikels I. befindliche alberne Bemerkung der „Concordia“!) Der dritte Weg (Staatsintervention) leidet an keinem von diesen Gebrechen, er ist der Weg der Ordnung und des Rechts; nur ist er darum schwieriger wie die beiden andern, weil der Staat mit der Schaffung neuer Ordnungen nicht experimentiren darf, sondern die Ziele und Folgen klar vor Augen haben muß; und daher wird er namentlich diejenigen Einrichtungen, welche auf den beiden ersten Wegen aus dem innern Bedürfnis der Interessenten hervorgegangen sind, zu regeln, zu vervollständigen, zu rechtlichen Einrichtungen zu machen haben. Aber der Staat wird sich auch nicht scheuen dürfen, mit eigenem Borgehen thätig in die Entwicklung einzugreifen, und er wird das am allerwenigsten zu scheuen haben im demokratischen Staatswesen, wo ja die Befehle nicht von oben herab, sondern aus dem Volke selbst heraus gegeben werden. (Der Verfasser meint die Schweiz). Hier kann das Wort Staatshilfe und Staatseingriff, welches in diesen Dingen so oft als Schreckgespenst gemißbraucht wird, nichts Fremdes und Erschreckendes haben.

„Und wenn wir nun schließlich, geehrte Anwesende, den zweiten Hauptpunkt noch mit ein paar Worten berühren und fragen, welches sind hauptsächlich die Theile der Gesellschaft, welche bei der Lösung der sozialen Frage zu berücksichtigen sind, so sind es unzweifelhaft die Besitzlosen, die Arbeiter, welche diese am schärfsten betrifft und auf welche sich die Lösungsvorläufe vor allen andern richten müssen. Die Arbeiter sind heute zu einer Klasse geworden, durch dieselben Lebensbedingungen geeinigt und sich immer mehr zusammenschließend. Sie sind rechtlich frei und selbstständig, aber doch unfreiwillig insofern, als sie nur durch Vermittlung des Unternehmers an der Werthschaffung theilhaftig sind, und zwar so, daß sie den Schwankungen und Chancen der Güterschaffung unterliegen, ohne selbst eine ähnliche Herrschaft über diese sie angehenden Verhältnisse auszuüben, wie jener; so daß sie den Nachtheilen ausgesetzt sind, welchen alle an der Güterproduktion unmittelbar Theilhaftigen unterliegen, ohne die Vortheile der Stellung des Unternehmers sich unmittelbar aneignen zu können. Diese durch gemeinsame Lage und gemeinsame Unsicherheit der Stellung verbundene, immer wachsende Arbeitermasse ist eine neue Klasse der Gesellschaft, welche noch keine feste Stellung errungen hat und nun danach strebt, als ein gesundes Glied in dieselbe einzufügt zu werden, eine feste Stellung zu erringen. Hiefür hat sie einen Kampf begonnen, in dem sie zwar manche Siege aufzuweisen hat, der aber immerhin das Symptom eines ungesunden gesellschaftlichen Zustandes ist, welcher Abhilfe verlangt und in die rechten Bahnen geleitet werden muß.“

„Ohne Zweifel meint der Verfasser, der offenbar auf die kapitalistische Produktion in genossenschaftlichen Gruppen (etwa im utopistischen Sinne Lassalle's) hinzielt, mit dem letzten Satz, daß die ökonomische Gleichheit schon dadurch verwirklicht werde, daß jeder Arbeiter zugleich Geschäftstheilhaber wird. Er übersieht aber, gleich Lassalle, daß lediglich durch Gruppierung der Gesellschaft in Genossenschaften die Tendenz des Großkapitals, das kleine Kapital aufzulösen, noch nicht verschwindet. Im Gegentheil: sie tritt dann um so deutlicher und vereinfachter hervor, weil die Kapitalkonzentration die vielen Zwischen- und Seitenwege, die sie heute durchzulassen hat, dann nicht mehr zu passieren braucht. Der erbitterte Konkurrenz-Kampf ums Dasein — wie er heute zwischen Groß und Klein besteht — würde unter den Lassalle'schen Produktivassoziationen nicht minder haufen. Wieso? Weil auch diese des Profits wegen arbeiten und die andernartigen Branchen gar zu gern überwohnen werden wollen. Man kann den Menschen die Engelnatur, die sie nun einmal von Natur nicht alle haben, nicht durch Moralpredigten einpauken; sondern man muß ihnen die Möglichkeit zur Plusmacherei nehmen; d. h. wenn man den Kampf ums Dasein auf eine würdigere Stufe, als die heutige ist, stellen will, so muß man die kapitalistische Produktion überhaupt — v. h. diejenige Produktion, die den Profit Einiger lediglich oder hauptsächlich im Auge hat — abschaffen, und das kann nur durch eine das ganze soziale Gebiet umfassende Staatsproduktion, beziehentlich (im Anfange als Uebergangsstadium) durch eine Ueberwachung, Leitung und Regelung der genossenschaftlichen Produktion seitens der Staatsgewalt geschehen. — Privatkapital bleibt Privat-

kapital, gleichviel ob es Einem oder einer Genossenschaft gehört; um die räuberische Tendenz dieses Privatkapitals aufzuheben, muß man dasselbe überhaupt aufheben. Erst hierdurch wird die Produktion ihrem wirklichen Zwecke dienlich: die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Man spricht heute viel von „Ueberschuss“. Es fragt sich jedoch noch sehr, ob wirklich von einer solchen schon oft die Rede sein konnte, und ob nicht vielmehr, wenn jene großen Waarenlager dem Publikum so zur Disposition ständen, wie es wünschenswert und notwendig wäre, sich herausstellen würde, daß nicht über-, sondern noch zu wenig produziert worden ist. Und wir sprechen hier nicht von Brabanter Spitzen und Champagner, sondern von den notwendigsten Kleidungsstücken und Nahrungsgegenständen. — Was man heute „Ueberschuss“ nennt, kann also eben so gut der Ausdruck für die Erscheinung der mangelhaften Konsumtion sein, der Ausdruck für den Zustand, in welchem der großen Masse die Mittel, sich die produzierten Dinge zu verschaffen, fehlen. Und eine solche „Ueberschuss“ sowie Konsumtionsunfähigkeit kann in Lassalle's Staatsgebilde gerade so gut eintreten wie heute; niemand kann beispielsweise der Ackerbau-genossenschaft garantieren, ihre Ernte werde eine derartige sein, daß sich ihre sämtlichen Mitglieder vom Ueberschuss Winterpelze werden ankaufen können; ebensowenig wie man dies heute dem einzelnen Landwirt garantieren kann. — Wie ist es also möglich, daß bloße Produktionsgenossenschaften dem Umwandel der kapitalistischen Auf-fangung steuern sollten? — Nein, mit dem sozialistischen „Recht auf Arbeit“ allein ist es nicht getan. Zu einem menschenwürdigen Zu-stand gehört das „Recht auf Arbeit“ — deren Endzweck nicht die Profitmacherei, sondern die Befriedigung eines ge- gesellschaftlichen Bedürfnisses ist. Mit andern Worten: die genossenschaftlich organisierte Produktion muß von Staats wegen geschehen und dieser hat dann dafür zu sorgen, daß Alle im Stande seien, sich die notwendigsten gesellschaftlichen Produkte zu verschaffen. Der Staat sagt also zu den Ackerbau-genossenschaften: Ich garantiere Euch die Existenz. Dafür habt ihr aber Euer Ge- treide — abgerechnet was zu Eurem eigenen Bedarf notwendig ist — nur an mich zu verkaufen. Ich zahle Euch, gleichviel ob Ihr eine Mittelernste habt oder nicht, einen Preis, der Eure Produktionskosten deckt und obendrein zu einem anständigen Durch- kommen reicht. Ich errichte mir dann aller Orten Magazine, gleich den heutigen Salzmagazinen, und verkaufe das Getreide nur an Bäcker und Müller, soviel Solche überhaupt, die sich verpflichten, damit keinen Zwischenhandel zu treiben. Indem ich so den Ge- treidemacher beseitige, schaffe ich billiges Brod und verhöhe, daß das Getreide, wenn wir es im Lande brauchen, der Spekulation wegen ins Ausland geht. Ich spüre ins Ausland nur das, was notwendig ist. —

Indem der Staat hinsichtlich aller Branchen so verfährt, d. h. die Produktion aus einer profitwählenden in eine gemein- nützige verwandelt, bahnt er allerdings den Uebergang vom Sozialismus zum Communismus an. Das Budget des einen Gewerbezweiges, das Ueberschüsse aufweist, muß dem Defizit eines andern zu Hilfe kommen; denn der Communismus beruht auf dem Gedanken, daß alle notwendigen menschlichen Tätigkeiten gleich ehrbar seien, — ohne Unterschied ihrer Qualität, d. h. ohne Unter- schied dessen, ob die Arbeit eine niedere, einfache, oder höhere, complicirte sei. — „Was? der Rinnsteinseger soll, wenn er Abends nach Hause kommt, sich einen Frack anziehen dürfen, wie ich, der Professor und Staatsrath, der ich soeben einen weltbewegenden Gedanken gedacht habe?“ — Ja! Allen Respekt vor deinem welt- bewegenden Gedanken! Aber wenn der Rinnsteinseger nicht wäre, so wärest Du — mit Permission zu sagen! — schon längst im Dred ersinkt, Du und Dein weltbewegender Gedanke, der vormalig noch nicht geboren war. Die Größe und Erhabenheit Deines weltbewegenden Gedankens leidet dadurch, daß der Rinnsteinseger sich nach gethauer Arbeit einen Frack anzieht und denselben Braten ist, wie Du, auch nicht im Allermindesten. Du bleibst nach wie vor der große erleuchtete Geist, dessen Namen man noch Jahr- hunderte lang preisen wird, und jener bleibt der Rinnsteinseger. Welchen Schaden hast Du denn davon, daß es andern Leuten außer Dir auch gut geht? — Zwar wäre die Welt ohne Deinen welt- bewegenden Gedanken geistig todt, aber ohne den Rinnsteinseger wäre sie physisch todt. Du siehst also, daß dieses Individuum nichts weniger als eine verächtliche Arbeit verrichtet, sondern daß es der Welt ebenso unentbehrlich ist wie Du. Freue Dich also meinetwegen im Hergen darüber, daß dich Deine Naturanlagen zum Professor und Staatsrath, anstatt zum Rinnsteinseger gemacht haben, wirre aber, daß Du dem Rinnsteinseger, der für Dich eine Arbeit verrichtet, zu der Du keine Lust oder kein Talent hast, eben- soviel Dank schuldig bist, wie er Dir für Deine Geistesarbeit, zu der er unfähig ist. — Der Communismus kennt hinsichtlich der Belohnung den abtönen Unterschied zwischen niederer und höherer Arbeit nicht, sondern er verlangt, daß Jeder, der eine sogenannte höhere Arbeit zu verrichten im Stande ist, sie als schuldigen Tribut der Gesellschaft zahle, die ihm die Mittel zu seiner Ausbildung so generös bewilligt hat. Für die sogenannte höhere Arbeit ist dann die innere Befriedigung und die allgemeine Achtung Belohnung genug. —

Es braucht wohl kaum ausdrücklich Verwahrung dagegen ein- gelegt zu werden, daß mit Vorstehendem eine Verherrlichung, ein Cultus der Uncultur, der Robheit beabsichtigt würde oder unbe- absichtigt verbunden sei. An dieser Stelle ist die Fahne der echten Bildung immer in Ehren gehalten worden. — Nicht die höhere Arbeit herabsetzen, sondern die niedere Arbeit erhöhen wollten wir; — und indem wir dies thaten, wollten wir eine ungefähre Darstellung unseres Begriffs vom „Communismus“ geben, welcher, unserer Ansicht nach, allein erst die Umwandlung der Profitpro- duction in eine gemeinnützige Produktion bewirken kann.

Wir verhehlen uns keineswegs, daß sich jetzt noch gar nicht ab- sehen läßt, wie viele Generationen wohl darüber einfließen und vergehen werden, ehe jener communistische Gedanke in der Soldatenmasse Wurzel fassen wird; allein das ist gerade das Cha- rakteristikum einer wirklichen Idee, daß sie unbedünnt um die Zeit ihrer Erfüllung zum theoretischen Ausdruck gelangt, und un- geachtet aller Hindernisse, die sie vorderhand noch in das Reich der Unmöglichkeit verweisen. —

Es hat sich eine solche Kritik darin gefallen, dem communistischen Gedanken den Einwand entgegenzusetzen, daß beim Wegfall des Privatprofits in der Produktion auch der Antriebs zum Schaffen nachlassen werde. Glücklicherweise wissen wir nun aber ganz be- stimmt aus der Geschichte, daß fast alle epochemachenden Gedan- kenschöpfungen und wissenschaftlichen Entdeckungen ganz anderen Motiven als denen des materiellen Privatwohlstands entspringen sind; ja daß vielmehr die großen Geister selten oder niemals auch nur einen Theil ihrer Leistungen in Privatprofite umzusetzen in der Lage waren. — Der Antriebs zum Schaffen wird also den Menschen durch die communistische Degeneration nichts weniger als verloren gehen. —

Zum Schluß noch einen Blick auf von Scheel und Lassalle!

Man kann das Eine thun und braucht das Andere nicht zu lassen. Man kann, wenn man auf friedlichem Wege zur Lösung der sozialen Frage gelangen will, sehr wohl sich der Lassalle'schen Produktionsassoziationen bedienst Vereinfachung und Klarstellung der Situation bedienen. Nur hat man sich zu hüten, diese kapitalistischen Produktionsassoziationen für eine Lösung der sozialen Frage zu nehmen; man hat sie vielmehr nur als ein Ausbildungs- und Er- kenntnismittel anzusehen, als eine Brücke, die erst, wenn sie auf den obbezeichneten Stadtpfeilern ruht, zum wirtlichen Sozialismus führen kann.

Politische Uebersicht.

Fort Bismard, Fort Roon, Fort Molke soll es jetzt, nach der Verfügung des Kaisers Wilhelm, in Straßburg und Metz heißen, anstatt der alten französischen Benennungen. Wann wird es wohl in ganz Deutschland auf gut Deutsch heißen: Fort Bis- mard! Fort Roon! und so weiter?

Das „und so weiter“ bringt uns zu Herrn Wagener, dem unanbiederer Weise kein Französisches „Fort“ zu Theil geworden ist, aber dankbarer Weise auch kein Deutsches: Fort! Herr Wagener ver- zehrt einstweilen in Frieden seinen vollen Pensionsgehalt, nebst den übrigen Früchten seiner „sozialen Studien“. Wann er öffentlich in den Staatsdienst zurücktreten wird, ist noch nicht bestimmt; so viel steht aber nun nach den offiziellen Andeutungen der „Magde- burger Zeitung“ fest, daß der „85 enggeschriebene Seiten“ um- fassende Bericht der samojen „königlichen Untersuchungskommission“ „recht wenig Neues und Pilantes“ zu Tag gefördert hat; und daß „von Enthüllungen über Bestechlichkeit höherer Beamten oder über schlimmere Manipulationen (!), als Laßler sie vorgebracht hat“, nichts in dem Bericht zu finden ist. Es ist zwar mit er- staunlicher Sorgfalt „gesucht worden (wonach?“ nach Schuld oder — Unschuld?), aber man hat nichts, Gravirendes gefunden; und „unserem Beamtenstand wird unbedingtes Lob ge- spendet;“ das Schlimmste, worauf die Untersuchungskommission stieß, war, daß gewisse Beamte sich mitunter das unschuldbige Ver- gnügen erlaubt haben, „Einladungen zum Frühstück oder Diner“ oder andere harmlose Aufmerksamkeiten dieser Art von „Gründern“ anzunehmen. Daß sie mehr angenommen, kann nur ein Reichs- feind glauben, nur ein Mensch, der ins Irrenhaus oder ins Zucht- haus gehört.

Propos: die „Magdeburger Zeitung“ steht Herrn Laßler sehr nah, ja, sie ist dessen Moniteur. Aus der betreffenden Mittheilung ersehen wir also auch, daß Herr Laßler sich dazu verstanden hat, bei dem Bertuschungswerk mitzuhelfen, mit andern Worten, die Wirkungen seiner eigenen Rede aufzuheben. Und Herr Laßler gilt in Deutschland allgemein für einen Ehren- mann im strengsten Sinn des Wortes, für einen Mann von un- wandelbaren Grundsätzen, für einen wahren Cato!

Nach einer offenbar aus dem Berliner Pressbureau stam- menden Notiz hat die königl. preussische Regierung auf den Plan einer Herbstsession des Reichstags verzichtet. Selbst „dieser Reichstag“ ist ihr noch „zu liberal“, zumal am Vorabend der Wahlen, wo auch der Servilismus mitunter in die Lage gerathen kann, den Servilismus nicht — „opportun“ zu finden. Es ist wahr, die preussische Regierung hätte noch gern das Militärge- setz in der Geschwindigkeit annehmen lassen, allein die Vortheile der parlamentarischen Sanktion sind lange nicht so gewichtig wie die Nachteile einer parlamentarischen Debatte, die zu besüßlichen war. Der betreffende Gesetzentwurf braucht darum ja kein todter Buchstabe zu bleiben. Man fährt ihn ruhig aus, gleich der Arme- reorganisation seinerzeit, und verlangt nachträglich „Drenmität“. Sollte dieselbe etwa in Folge eines Wunders verweigert werden, nun — so wird das weiland gegen das Abgeordnetenhaus mit so durchschlagendem Erfolg angewandte Rezept gegen den Reichs- tag angewandt. Die Regierung hat ja das Geld und die Sol- daten; tanzt der Reichstag nicht nach der Pfeife, gut, so bekommt er die Pfeife — „von Rechts Wegen“!

In der „Neuen freien Presse“ vom 2. Sept. befindet sich ein Feuilleton-Artikel: „Aus den Tagen der Commune“, in welchem eine Schrift der Wittve Besset besprochen wird, welche den Nach- weis führen soll, daß seinerzeit der Commandant Dombrowski sich um eine Million Francs bereit erklärt haben sollte, Paris an Versailles zu verrathen. Der verstorbene Gatte der Verfasserin hätte den Vermittler gespielt. Hören wir, wie der Feuilletonist der Wiener „Neuen freien Presse“, Herr Karl v. Thaler, den In- halt des Buches wiedergibt:

„Georges Besset hatte die Belagerung von Paris durch die Deutschen mitgemacht und war nach dem Abschlusse des Waffen- stillstandes der Regierung nach Bordeaux gefolgt. Hier faßte er den Plan, Verbindungen mit Häuptern der Commune zum Zwecke einer Gegenrevolution anzuknüpfen. Er theilte ihn dem Admiral Saissat und durch ihn Herrn Barthélemy de Saint-Hilaire mit. Die Regierung, deren Streitkräfte Anfangs April noch sehr ungenügend waren, ging mit Freuden auf seine Vorschläge ein, und Besset reiste sofort nach Paris, wo er seine Frau und die Brüder Guttin in das Geheimniß einweihete.“

Seine ursprüngliche Absicht ging dahin, einen Handstreich zu wagen, sich mit einer Anzahl entschlossener Leute des Generalstabs- Gebäudes auf dem Bendômeplatze, der Polizeipräfektur und der Kriegsschule zu bemächtigen, dann das Stadthaus zu stürmen und die sämtlichen Mitglieder der Commune gefangen zu nehmen. Zu diesem Zwecke gab er dem Commandanten des achten Ba- taillons der Nationalgarde dreitausend Francs aus seiner Tasche und suchte mehrere andere Offiziere der Commune zu gewinnen. Die Versailles' Regierung verwarf jedoch den Gedanken eines Handstreichs. Dünkte ihr das Unternehmen zu unsicher, weil sie den Freunden der Ordnung in Paris zu wenig Rath zuträute, oder wollte sie die Armee nicht um den Ruhm bringen, den Auf- stand niederzuwerfen? Kurz, sie entschloß sich zur List. Drei Thore, die bei Anteuil, bei Bassin und am Point-du-Jour, sollten durch goldene Schlüssel geöffnet werden. Der Thürhüter, den man bestechen mußte, war der Commandant der „ersten Armee“ von Paris, der Biedermann Dombrowski, Handlungtreisender in Revolution. Besset erhielt den Auftrag, sich mit dem „Gene- ral“ in persönliche Beziehung zu setzen.

In Paris flüsterten schon längst die echten Köthen einander zu, daß Dombrowski nicht zu trauen sei. Er trug einen feinen Rod und weiße Wäsche — Grund genug, das triumphierte (!) Ge- sindel (!!) mit Argwohn (!) gegen ihn zu erfüllen. Besset wußte, der „General“ sei misorgänig; er besand sich also in der rechten Laune, und es handelte sich nur darum, an ihn heranzukommen. Die Gelegenheit fand sich leicht. Dombrowski hatte einen Verei- ter, Namens Hujinger, mit dem Alphons Guttin in einem Ba- taillon gedient hatte. Die Bekanntschaft ward rasch erneuert, und der Bürger Hujinger fühlte sich sehr geschmeichelt (!), durch die

Freundlichkeit zweier wohlhabender Kaufleute, wie der Brüder Guttin, und die liebevolle Art, mit der sie für Stilling seines Durstes sorgten (!). Eines Tages unternahm Dombrowski ein forcirte Recognoscierung gegen Versailles, und Hujinger zeichnete sich dabei aus. Dank einer humoristischen Anwendung des „Gene- rals“ war er (nämlich Hujinger) Abends ein großer Mann. Als Verei-ter war er hinwundergekommen, als Flügel-Adjutant kam er herein. Die Brüder Guttin beeilten sich, ihm unter Glückwünschen für seine unerwartete Beförderung zweihundert Francs zum An- kaufe einer Uniform zu schenken, und nun war Hujinger von ihnen entzückt und begann für die Sache der Ordnung zu schwärmen.

„Bald darauf — Ende April“ — ermöglichte er die erste Zu- sammenkunft Besset's mit Dombrowski, der mehrere andere folgten. Der edle Pole verleihtete die Eigenthümlichkeit seines Stammes nicht. Er war, wie Frau Besset erzählt, „unbeschreib- lich traurig“, aber er wollte ein Geschäft machen. Die Thräne im Auge und die hohle Hand — das sind die zwei Kennzeichen des modernen polnischen Landadels. Anfangs that Dombrowski spröde, aber schon bei der zweiten Unterredung sagte er: „Ich glaube die Masse der Bevölkerung hinter mir zu haben — ich habe mich gefürcht und das ist meine Strafe. Ueberall begegne ich Feiglingen (!) mit den Trieben des Tigers (!), die trotzdem bei der Annäherung der Versailles davon laufen werden (!). Von mir werden Freunde und Feinde sagen, daß ich mich verkauft habe. Gut, ich verkaufe mich. Bei diesem schrecklichen Spiele wage ich meinen Kopf; ich kann erschossen, feigerweise von rückwärts ermordet werden, ich muß wenigstens meiner Frau und meinen Kindern Brod hinterlassen.“

„Wir finden diese Aeußerung löstlich und würdig, einen Augen- blick bei ihr zu verweilen. Der sentimentale Berräther, der sich aus Rücksicht für seine Familie verkauft und die eigene Erbärm- lichkeit mit zärtlichen Gefühlen drapirt, ist eine vortreffliche Figur. Die Worte Dombrowski's zeigen zugleich, wie der internationale Neolutions-Pole den Dienst der Freiheit aufstift. Der Mann hatte ja's nöthig, die Anhänger der Commune „gens de boue“ (Dreckkerle) zu nennen. Er selbst war, um ein verbes Wort aus den „Käubern“ zu brauchen, eine Dreckkerle. Er fragte ganz einfach: „Wie viel zahlt ihr?“ Mit Kleinigkeiten gab er sich, wie wir gleich sehen werden, nicht ab, er wollte zu dem „Brod“ auch Butter und Braten haben; denn der Pakt ward erst abgeschlossen, als ein Brief Barthélemy Saint-Hilaire's an Besset den Preis für den Verrath auf eine Million Francs festsetzte.“

„Da waren die Artilleristen auf dem Montmartre viel billiger. Die Commune hatte dort oben Batterien errichten lassen, deren Feuer fast ganz Paris beherrschen konnte. Noch heute dürften wir Wenige wissen, warum die Geschütze so schlecht schossen, daß sie entweder gar nichts oder die eigenen Leute in Versailles trafen. Besset hatte durch Vermittlung des Dr. Boudin die ganze Mann- schaft um zehntausend Francs gekauft, und um ihm zu beweisen, daß das Geld gut angewendet sei, vernagelte Boudin in seiner Gegenwart, angeführt der Bedienung, eigenhändig zwei Kanonen.“

„Es hätte wunderbar zugehen müssen, wenn die Commune nicht endlich etwas von dem Treiben Besset's merkte. In der Nacht vom 11. auf den 12. Mai drang ein bewaffneter Haufe in seine Wohnung, Rue Caumartin 62, zerstörte (!) die Möbel (!), schlepte Geld und Werthsachen fort (!) und verhaftete seine Frau. Er selbst war, rechtzeitig gewarnt, nach Saint-Denis entkommen und setzte von hier aus seine Bemühungen fort. Unbekümmert um das Leben seiner Gattin, die man mit dem Tode bedrohte, unbedrückt durch die Gefahren, die ihn selbst umringten, dachte er nur daran, sein Ziel zu erreichen und Paris den Truppen in die Hand zu spielen (!!).“

„Am 10. hatte er den Brief Barthélemy's erhalten, welcher Dombrowski eine Million, Hujinger dreihunderttausend, den übrigen Offizieren des Generalstabs zweihunderttausend Francs zusicherte — alle Beträge zahlbar in Bankbilletten oder Wechseln auf Rothschild in Frankfurt. Denn diese beiden Papierforten hatte der edle Pole, als gewandter Volkswirth, sich ausbedungen (!). Ein förmlicher Vertrag mit dem General lag bei. Er verpflichtete sich, die ganze Umwallung vom Point-du-Jour bis zur Porte Bagram von Vertheidigern zu entlösen, und erhielt nebst dem Gelde freies Geleit für sich und seine Begleiter zugesagt. Besset verabredete eine letzte Zusammenkunft mit Hujinger, um demselben zwanzigtausend Francs als Angabe und die Geleitsscheine auszu- händigen. Die Begegnung war für den Morgen des 20. Mai auf neutralem Gebiete, unweit Saint-Denis, festgesetzt. Dombrowski traf seine Maßregeln, indem er den Obersten Matthien, der zu den Eingeweihten gehörte, zum Befehlshaber aller Streit- kräfte zwischen dem Point-du-Jour und der Porte Bagram ernannte. Alles schien vortrefflich vorbereitet; Besset sah sich bereit am Ziele, der edle Pole fühlte schon die Million in seiner Tasche — da griff das Schicksal in Gestalt eines gemeinen habfühligen Weibes ein und zerriß das ganze, sorgsam gespannte Gewebe.“

„Besset's Besprechungen mit Hujinger hatten zuweilen auch in dem Hause Rue Pigale 28 stattgefunden, und die Concierte Frau Müller — schade um den ehrlichen deutschen Namen! — wußte um die Sache. Man sieht, daß Besset nicht zum Ver- schwörer geboren war, sonst hätte er diese Person sicher nicht zur Mitwisserin gemacht und ihr zehntausend Francs für den Fall des Gelingen's versprochen. Frau Müller wollte bares Geld, und da ihr Besset keines geben konnte, hoffte das erbärmliche Weib einen Jubalohn zu verdienen. Sie verricht Besset an die Com- mune und gab an, daß er am 20. Mai Morgens mit Hujinger bei Saint-Denis zusammenzutreffen wolle. Raun waren die beiden am Orte des Stillschweigens erschienen, als sie von Communards überfallen und verhaftet wurden.“

„So (!) ist jetzt das Geheimniß erklärt (!), warum die Ver- sailles' Truppen, ohne Widerstand zu finden (!), durch drei Thore einrücken konnten, und erst im Innern der Stadt ein mörderischer Kampf für die Vertheidiger hoffnungsloser Kampf begann. Nicht durch die Tapferkeit der Angreifer, sondern durch Verrath fiel Paris. Während Besset und Hujinger in das Gefängniß geschleppt wurden, räumten auf Dombrowski's Spezialbefehl die Bataillone der Commune alle Wälle und Schanzen zwischen dem Point-du-Jour und der Porte Bagram. Die anrückenden Kolonnen, die von dem Betrage nichts wußten, feuerten am nächsten Morgen eine Weile gegen die verlassenenen Mauern, bis der Bürger Ducatel durch Wink und Zuruf einer vorgeschobenen Abtheilung die Ueber- flüchtigkeit ihrer Pulververgeudung begrifflich machte, und dann die Einmarsch „mit unvergleichlichem Bravoure“, wie Mac Mahon sich ausdrückte, aber ohne jedes Hinderniß erfolgte.“

„Dombrowski irrte den 20. und 21. Mai wie ein Rasender umher. Die Versailles' waren in Paris, aber er erntete keinen Lohn für seinen Verrath. Weder Geld noch Geleitsschein hatte er erhalten, die Verhaftung Hujinger's erfuhr er nicht. Wollte er nicht von den Kugeln seiner eigenen Leute fallen, so mußte er die Vertheidigung leiten, mußte für die Sache fechten, die er verkauft

hatte. In seiner Verzweiflung ritt er am 22. zu der Barilade am Boulevard d'Ornano und ward hier durch einen Schuss in den Unterleib tödlich verwundet. Er trieb die Verstellung so weit, daß er mit den Worten verschied. „So stirbt man, wenn man verrathen wird.“ Die wilden Gefellen (!), die sein Sterbelager im Hospital Pariboissière umstanden, glaubten ihm. Sie ahnten nicht, daß der Verrath sie dem Untergang geweiht, aber sie ahnten nicht, daß der Verrath vor ihnen liege. Manche der düsteren Fanatiker mochten dem Todten den Verdacht abbiten, den sie gegen ihn gehabt, und am 24. begraben sie ihn feierlich auf dem Pere-la-Chaise. Er hatte ein Leidenbegängniß, wie die Welt noch keines gesehen.“

Schließlich wird erzählt, daß Frau Beyset die Paar-Anlagen, die ihr gottseliger Mann bei jenem Vermittlungsgeschäft gehabt hätte, von der undankbaren Verfaller Regierung nicht wiedererlangen kann. — Das Märchenhafte dieser ganzen Erzählung springt sofort in die Augen, wenn man folgende zwei Momente erwägt: 1. ist es nicht denkbar, daß die Verfaller Regierung, wenn ihr Faktotum Bartholomäus Saint-Hilaire wirklich mit Dombrowski unterhandelt hätte, diesem Umstand nicht sogleich und fortwährend benützt hätte, um die communalistische Bewegung in den Augen der Welt zu diskreditiren: „Seht, das waren die Führer; um eine Million zu erpressen, machen sie Revolution!“ — 2. ist es nicht denkbar, daß die Verfaller Regierung, wenn sie durch das Postmittel der „Million“ der Person Dombrowski's habhaft werden konnte, ihn nicht gleich am 21. Mai — also nach dem Einzug in Paris — in die Falle gelockt und ihm den Hals zugeschnitten hätte, anstatt ihn bis zum 22. herumlaufen zu lassen. — Im Uebrigen wird abzuwarten sein, was diejenigen Communemitzglieder, die in der Sache Dombrowski's am competentesten urtheilen können, auf das Beyset'sche Pamphlet antworten werden.

— Spahhast. Ein Pariser Telegramm vom 5. September besagt: Ein Brief Thiers' zeigt an, daß er auf die Reise nach Nancy verzichte, einzig im Interesse der heiligen Sache der Republik. „Die Sache der Republik“ dem Thiers heilig! Eine schöne Republik die Republik! Und eine starke Republik, die durch die Ferienreise eines bankrotten Intriguanten gefährdet wird. Die zwei Zeilen des obigen Telegramms sind beifällig die beifälligste Satire auf die französische Republik von heute, und zugleich deren kläglichste Kritik. —

— Unter den gehässigen Angaben, welche die europäische Ordnungspresse in neuerer Zeit über Spanien verbreitet hat, befindet sich auch die, daß dort, in Folge der Forderung „aller Bande der Ordnung“ Brandstiftungen epidemisch geworden seien — natürlich auf Befehl und unter Leitung der „Internationalen“. Jetzt veröffentlicht nun ein dem Sozialismus fernstehendes, ja ihm entschieden feindliches Madrider Blatt, der „Imparcial“ („Unparteiliche“) einen Artikel, in welchem auf Grund amtlicher Erhebungen und der authentischen Berichte der Feuerversicherungs-Gesellschaften der Nachweis geliefert wird, daß im laufenden Jahre Feuerbrände in Spanien bei weitem nicht so häufig sind, als in den früheren Jahren. Somit wäre auch diese Angabe der Ordnungspresse als Lüge gebrandmarkt, was jedoch, da Lügen zwar kurze Beine, aber Dank unserer Presse und Telegraphenbureau, Repetitionsfonds und sonstigen Anstalten zur Verstärkung der „öffentlichen Meinung“ desto stärker und schneller Flügel haben, nicht hindern wird, daß besagte Lüge, gleich so vielen anderen, lustig herumflattert.

— Man weiß, daß Marx auf dem Haager Congreß der intern. Arbeiterassoziation die Führer der englischen Gewerkschaften als im Solde des Ministeriums Gladstone mit der Bourgeoisie stehend bezeichnete. Dies Urtheil warf natürlich viel Staub auf, und wurde auch von nicht wenigen Freunden unserer Sache für unbegründet oder doch zu weitgehend gehalten. Ein Jeder, der den Vorgängen innerhalb der englischen Arbeiterwelt mit Sachkenntnis und Kritik folgt, muß aber zugeben, daß es weder das eine noch das andere war. Wer sich von den Unchristlichkeiten der englischen Gewerkschaftsführer überzeugen will, braucht bloß die letzten Nummern des „Beehive“, des Organs derselben, aufmerksam durchzulesen. Nachdem dieses Blatt, durch das ebenso schamlose als systematisch-feindliche Verfahren des Ministeriums Gladstone gegen die Arbeiter gezwungen, seit einiger Zeit zum Schein eine unabhängige Haltung angenommen und die Nothwendigkeit des selbstständigen Vorgehens der Arbeiter bei den nahenden Wahlen befürwortet hatte, ergriff es vor drei Wochen den Eintritt des irischen Reformers und Lodoogels Bright in's Ministerium als willkommenen Vorwand, um plötzlich umzusteuern und für den Gladstone'schen Propaganda zu machen. Zum Glück hat Herr Gladstone die Güte gehabt, die Arbeiter sehr bald darüber aufzuklären, daß die Ernennung Bright's (der ein deutscher Fortschrittler in's Englische überführt ist) nur ein Wahlmanöver gewesen. Er herrschte nämlich Herr Lowe, einem der frechsten politischen Abenteuerer, und Diener des Kapitals, die je gelebt haben, das Ministerium des Innern, und Herr Lowe zögerte nicht, sich den Arbeitern in seiner wahren Gestalt zu zeigen. Er fand in dem Ministerium eine seinem Vorgänger Bruce zugegangene Petition der Londoner Gewerkschaften zu Gunsten mehrerer wegen sogenannter „Einschüchterung“ während eines Streiks zu schwerer Strafe verurtheilten Arbeiter vor, und mit der ihm eigenen jählichen Rücksichtslosigkeit er den Absendern der Petition ein gedrucktes Formular zu, welches in barschester Weise die gewünschte Strafmilderung abschlug. Darauf hin hat nun am Mittwoch vor 8 Tagen die Londoner Gewerkschaftsdelegation folgende Resolution gefaßt: „Die Antwort des Herrn Lowe ist in Uebereinstimmung mit seiner sonstigen Stellung zu allen Fragen, welche die Freiheit, Rechte und Ansprüche der Arbeiter betreffen; und der Delegirtenrath betrachtet die Ernennung des Herrn Lowe zum Minister des Innern nur mit Bedauern, da sie auf eine hochmüthige, herzlose und rachsüchtige Politik gegen die arbeitenden Klassen abzielt, die eine solche Behandlung nicht verdienen.“ — Nun man wird behandeln, wie man sich behandeln läßt. Wir sind begierig zu sehen, wem man den Schmutzball der englischen Herren Gewerkschaftsführer nun ausstatten werden, damit die von ihnen geführten Arbeiter nicht merken, daß sie schmachlich genasführt sind.

„Der Lassalle'sche Vorschlag“.

Unter diesem Titel hat Bracke jüngst eine Broschüre herausgegeben, in welcher er seinen Congreß-Antrag, betreffend die Aufhebung des Punkts 10 des Eisenacher Programms (Produktivassoziationen mit Staatshilfe) begründet. Ein Vergleich dieser Arbeit mit der Gegenkritik des „Neuen Sozialdemokrat“ beweist nur zu deutlich, daß man aus Lassalle'schen Schriften Alles und Jedes herandresen kann. Die bekannte Ronsdorfer Rede, wo er Lassalle den König von Preußen als einen überzeugten Sozialisten hinstellt, der „die Wahrheit unserer Lehren und die Gerechtigkeit unserer Forderungen anerkennend, eine Regelung der Ar-

eiterfrage und Abhilfe der Arbeiternoth durch die Gesetzgebung versprochen, wie wir dies in unsern Schriften begehrt haben“, — diese Ronsdorfer Rede wird wieder anderweitig dementirt, durch die Worte: „Aber habe ich Euch denn auf den heutigen Staat verwiesen?“ — und dergleichen mehr. Die „Revue“ hat ebenso gut Recht, wenn sie sagt, Lassalle dachte sich eine Lösung der sozialen Frage im monarchischen Staat, wie der „Neue“, wenn er dies läugnet.

Gerade so ist es mit Lassalle's Productivassoziationen; einerseits hält sie Lassalle für ein „bahnbrechendes Mittel“, andererseits für weit entfernt von der „Lösung der sozialen Frage“. Bracke hat nun zwar auf diese Dehn- und Deutbarkeit der Lassalle'schen Redewendungen nicht direkt hingewiesen, sondern nur den Lassalle'schen Vorschlag der Productivgenossenschaften mit Staatshilfe als solchen charakterisirt; gleichwohl läßt sich sagen, daß Bracke seine Aufgabe mit vielem Geschick gelöst hat. Ist auch derjenige Theil der „Kritik des Lassalle'schen Vorschlags“, welcher „die politischen Voraussetzungen“ desselben behandelt, nicht neu, sondern — gleich dem Inhalt der übrigen Kapitel der Schrift — eine Recapitulation bekannter Wahrheiten, so kann doch der Abschnitt über „die ökonomische Bedeutung des Lassalle'schen Vorschlags“ als eine originale Leistung gelten. Für namentlich gelungen halten wir die Partie, welche die 100-Millionengeschichte behandelt. Da unsere Leser dieselbe aus dem „Arbeiterlebensbuch“ kennen, so genügt es, hier bloß Bracke's Kritik folgen zu lassen:

„Aus den ersten 100 Millionen, — die obendrein nicht einmal „auf den Tisch gelegt“, sondern nur auf dem Kreditwege beschafft zu werden brauchen —, werden nach 14 Jahren mit Zinseszinsen 200 Millionen, nach 28 Jahren 400 Millionen u. s. f., und es dauert gar nicht lange, bis der ganze Arbeiterstand durch die auf Kredit gepumpten 100 Millionen in Productivgenossenschaften untergebracht und gesellschaftlich „befreit“ wird! Mit andern Worten: durch Zins und Zinseszins vermehren sich die 100 Millionen so sehr, daß sie bald das ganze vorhandene Kapital aufgezogen haben; wenn das geschehen ist, sind alle Produktionsmittel in den Händen der Assoziationen; die soziale Frage ist gelöst!“

„Ich sehe dabei noch davon ab, daß jenes erste Kapital auf dem Kreditwege zinsfrei zu haben sein müßte!“

„Diese Rechnung ist dennoch so absurd, daß sie bei Lassalle geradezu befremdet.“

„Wenn sich auf solche Weise das ganze vorhandene Kapital in kurzer Zeit in die Hände Desjenigen bringen läßt, welcher sich auf dem Kreditwege 100 Millionen zu beschaffen weiß, dann hat Ranscher allein im deutschen Reiche die Anwartschaft darauf. Der preussische Staatsadel aber, der von den 5 Milliarden Franken leicht 500 Millionen zu diesem Zwecke disponibel machen kann, wird bald das Kapital der ganzen Welt, kraft des Zinses und Zinseszinses, übergeschuldet haben!“

„Es erinnert das an die Geschichte von dem vor 100 Jahren verzinlich angelegten Kapitale, aus dem jetzt mit Zins und Zinseszins ein Klumpen Gold geworden ist, größer als die ganze Erde!“

„Lassalle wußte doch, daß jedes einzelne Kapital von 100 Millionen dieselbe Attractionskraft besitzt, wie jenes den Assoziationen zugewandte. Lassalle wußte auch, daß neben diesem Kapital das ganze, im Privatbesitz befindliche Kapital bestehen blieb! Er wußte auch, woher die Kapitalrente stammt; — und doch diese Rechnung!“

„Sie ist wirklich lustig, diese 100-Millionengeschichte!“

„Biel verzehlicher ist der Irrthum, der sich in Arbeiterkreisen einige Zeit hindurch über die sogenannte Cooperation geltend machte. Die Idee derselben ist die folgende. Wenige Arbeiter — so viel, als Kapital vorhanden ist, um ihre Arbeit zu ermöglichen —, beginnen das Geschäft. Der erlangte Gewinn wird zur Erweiterung desselben benützt, neue Arbeiter als Mitglieder aufgenommen u. s. w., bis auf diese Weise durch eine Reihe solcher Geschäfte der Arbeiterstand befreit ist!“

„Diese Idee ist auf den ersten Anblick gewiß verlockend genug! Es wird dabei vergessen, daß die neben diesen Geschäften bestehenden Unternehmungen sich mindestens ebenso schnell vergrößern, daß das in diesen anderen Geschäften „arbeitende“ Kapital sich mindestens ebenso schnell vermehrt, als das eigene, das Verhältnis also immer dasselbe bleibt!“

„Nur aber bei Arbeitern ein solcher Irrthum leicht erklärlich, bei Lassalle ist er geradezu unverzeihlich.“

„Man sieht: Der Lassalle'sche Vorschlag ist — wenn nicht absolut unausführbar — so doch unausführbar in der Weise und mit der Wirkung, wie Lassalle es sich gedacht hat; keineswegs könnte er die ökonomische Gesellschaft mit zwingender Nothwendigkeit dertart umwälzen, daß schließlich die Emancipation der Arbeiterklasse vollbracht und Lohnarbeit und kapitalistische Produktionsweise aufgehoben wären.“

„So stellt sich die ökonomische Bedeutung dieses Vorschlags dar!“

„Nicht, daß ich ein Feind der Productivgenossenschaften wäre! Ebensovienig wie ich ein Feind der Consum-, Rohstoff- und Kredit-Bereine bin. Aber so wenig diese der Arbeiterklasse wichtige Dienste zu leisten vermögen, so wenig vermag die Productivgenossenschaft dem Proletariat dauernd und radical zu helfen.“

„Und wenn auch die hier und da entstehenden Productivgenossenschaften das Gute haben, zu zeigen, daß die genossenschaftliche (republikanische, gemeinschaftliche) Form der Production ebenso gut möglich ist, wie die kapitalistische (monarchische, individuelle), so muß doch die Arbeiterklasse nachdrücklich davor gewarnt werden, in der Productivgenossenschaft ihr Erlösungsmittel zu suchen.“

„Sie muß nachdrücklich davor gewarnt werden, sich — wie das Marx von den analogen Vorstellungen des Pariser Proletariats nach der niederlärntlichen Juni-Insurrection sagt — „auf doctrinäre Experimente, Tauschbanken und Arbeiter-Assoziationen zu werfen, also in eine Bewegung, worin es darauf verzichtet, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesamtmitteln umzuwälzen, vielmehr hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb seiner beschränkten Existenzbedingungen, seine Erlösung zu vollbringen sucht, also nothwendig scheitert.“ (Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte.“ S. 8.)

„Was sie zu thun hat, werden wir später sehen.“

Bracke erörtert nämlich dann die ultima ratio (den letzten Grund); die kommunistische Organisation, in ähnlicher Auffassung wie die unsers Schlussartikels in der Serie „Ein Fortschritt in den Reihen des Rassebersozialismus“ war.

Gewerkschaftsgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Sattlerverein.

Berlin, 9. September. Allen Mitgliedschaften zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 6. September a. e. die Neuwahl des Ausschusses und der Lokalbeamten stattgefunden hat.

Es wurden gewählt als Vorsitzender P. Strasser, Marienstraße 7; Hauptkassirer W. Births, Alexandrinenstraße 116; 1. Schriftführer E. Henke, Chausseestraße 24; 2. Schriftführer Schmiedel; 1. Beisitzer E. Löwe; 2. Beisitzer D. Hammer. Zur Controlcommission: E. Peder, J. Funke, W. Weber. Localcomité: Vertrauensmann: J. Auer, Linienstraße 125, bei Ettlich; Ortskassirer Fr. Hinge.

Sämmtliche Briefe sind an den Vorsitzenden P. Strasser, Marienstraße 7, Hof rechts, 2 Treppen und sämmtliche Gelder nebst Kassenberichten an den Hauptkassirer W. Births, Alexandrinenstraße 116 zu senden; auch werden daselbst die Reiseunterstützungen ausgezahlt. Das Arbeitsnachweisbureau befindet sich Krausenstraße 11, bei Roloffs. Im Auftrage des Vorsitzenden: E. Henke, Schriftführer, Chausseestraße 24.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha. Abrechnung. Kassenbestand vom Monat Juli: Thlr. 26 6 1. Eingegangene Gelder: Limbach 25 Sgr. Ronsdorf Thlr. 1 16. Schweinfurt Thlr. 1 4. Vom Borort Dresden Thlr. 102 10. Weimar, vom Agitationscomité zurückgehalten, Thlr. 1 10. Stuttgart Thlr. 4 23. Arnstadt Thlr. 4 1. Dresden Thlr. 10 9 5. Speyer 5 Sgr. für ein Protokoll und Statut. Bayreuth Thlr. 4 24 5. Landshut sandte für 21 Mitglieder Einschreibegeld, zur Gewerkschaft Thlr. 1 22/2 (Krankenkasse später abgerechnet. Bitte das noch fehlende zu senden). Protokollgeld haben bis jetzt gezahlt folgende Orte: Leipzig Thlr. 3 15. Pforheim 15 Sgr. 7 Pfg. Wolfenbüttel 15 Sgr. Weimar 13 Sgr. 5 Pfg. Gotha Thlr. 1 21. Dresden Thlr. 1 15. Bayreuth Thlr. 1 7 5. Landshut 12 Sgr. Ronsdorf 23 Sgr. 5 Pfg.

Summa der Einnahmen: Thlr. 169 24 7.

Ausgabe: An Franz Heber in Stuttgart zur Agitation 2 Thlr. 6 kleine Stempel für Dresden 2 Thlr. 1 Stempel für die Vorortverwaltung Thlr. 2 25. Porto an Jilger 12 Sgr. Offenbach Unterstützung 20 Thlr. (werden wieder zurückbezahlt). 10 kleine Stempel für Gotha Thlr. 3 10. Porto für den Ausschreibekath 10 Sgr. Für 2 Pakete Statuten und Abrechnungsschemulare 14 Sgr. 20 Sgr. Porto für Geldsendungen von Dresden u. s. w. und Schreibmaterial an den Kassirer. 10 Thlr. Gehalt für den Vorsitzenden für Monat August. 2 Thlr. für Porto, Emballag, Schreibmaterial u. s. w. für die Vorortverwaltung.

Summa der Ausgabe: Thlr. 44 1.

Bilanz: Einnahme: Thlr. 169 24 7.

Ausgabe: „ 44 1 —

Bleibt Kassenbestand: Thlr. 125 23 7.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten und Kassirer, für pünktliche Abführung der Gelder an die Hauptkasse Sorge zu tragen und sich von jetzt ab der an sie gefandten Abrechnungs-Formulare zu bedienen und dieselben sorgfältig auszufüllen. Ferner theile ich hiermit den Beschluß des Verwaltungsrathes mit, daß Mitgliedskassen, die über 30 Mitglieder zählen, monatlich mit der ersten Hauptkasse abrechnen müssen, unter 30 jedes Quartal. Die Krankenkasse wird in beiden Fällen nur vierteljährlich abgerechnet. Die Gewerkschafts- und Krankenkassen-Statuten wurden ebenfalls auf Beschluß des Verwaltungsrathes unfrankirt deshalb versandt, weil dadurch der Hauptkasse mindestens 8 Thlr. erhalten wurden, während die einzelnen Mitgliedschaften nur einige Groschen Porto trug. Wir bitten noch um Einwendung der Protokollgelder. Großhain hat noch nichts von sich hören lassen, desgleichen Fürth. Neue Mitgliedschaft: Ludwigshafen. Wir rechnen ebenso sehr auf baldige Einwendung des Einschreibegeldes der Krankenkassen, weil damit der Druck der Statuten bezahlt werden soll. Mit Gruß für die Verwaltung W. Vogt.

Verband für Buchbinder.

Mainz. Wohl in keiner Stadt ist die Lage der Buchbindergehilfen eine so schlechte, wie in hiesiger, wenn man bedenkt, daß es hier Werkstätten gibt, wo es bei 13stündiger Arbeitszeit Kost und Logis und einen Thaler Wochenlohn gibt und in andern Werkstätten ohne Kost und Logis 4 Thlr. oder 7 fl. Ausgenommen zwei Werkstätten, die etwas besser zahlen und 11stündige Arbeitszeit haben. Und hier sind die Lebensmittel, trotz Manufaktur'scher Erbsenwurstfabrik, enorm theuer. Man kann sich also leicht vorstellen, in welcher Lage die hiesigen Kollegen sich befinden. Wir haben jetzt eine allgemeine Aufbesserung von 25 Prozent und auch die 10stündige Arbeitszeit verlangt. Wir hatten die Prinzipale mittelst Circulars zu einer Besprechung eingeladen, und von den ganzen 36 Buchbinderbesitzern fanden sich denn auch richtig ganze Fieben Mann ein. Mit einer solchen Minorität konnte nicht erfolgreich unterhandelt werden, und das erklärte unser Vorsitzende den Herren auch rund heraus; er theilte denselben auch ferner mit, daß sich hier ein Verein der Buchbindergehilfen gebildet habe, und daß wir es uns zur Aufgabe gemacht hätten, unsere Lage zu verbessern. Ein Prinzipal erbot sich hierauf, seine Kollegen nochmals zu einer Besprechung unter einander zu veranlassen, zu welcher unser Vorsitzende auch hinzugezogen werden sollte. Zu dieser Versammlung hatten sich nur 13 Prinzipale eingefunden, die schließlich erklärten, daß sie sich wegen ihrer geringen Zahl nicht für competent hielten, mit uns in Unterhandlungen zu treten. Der Vorsitzende unseres Vereins legte dieser Prinzipalversammlung unsere Forderungen nochmals vor, erklärte aber zugleich, daß wir uns in keine weiteren Verhandlungen einlassen würden. Nunmehr ist den Prinzipalen ein Schriftstück zugegangen, daß diejenigen um Namensunterschrift ersucht, die unsere Forderungen bewilligen wollten. Im Ganzen haben 10 Buchbinderbesitzer unterzeichnet. Unter den Ablehnenden befindet sich auch der größte Buchbinderbesitzer, der zwar in Leipzig und Berlin Arbeiter gegen hohe Löhne sucht, der es aber doch über sich gewinnen kann, seinen hiesigen Arbeitern die Verbesserung der geringen Lohnsätze zu verweigern. Wir ersuchen daher alle Kollegen, bis zum günstigen Antrage unserer Sache allen Zugang nach Mainz zu verhindern. Die hiesigen Gehilfen sind entschlossen, zur Durchsetzung ihrer Forderungen Alles daran zu setzen; jedoch wird von einem allgemeinen Streik Abstand genommen. Die sämmtlichen hiesigen Kollegen gehören dem Verbands an. Unser Arbeitsnachweisbureau befindet sich in der Speyererhandlung von Friedemann, Kapuzinergasse 10. Also, Kollegen, haltet allen Zugang fern. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieser Zeilen ersucht.

Mit sozialdemokratischem Gruß:
Für die Kommission: H. Friedemann.

Correspondenzen.

Leipzig. Bereits trifft man hier auf dem Königplatz Anstalten zur Abhaltung der Messe, die auf Ende September fallen soll. Wir können nicht umhin, hier anzuprophezen, daß uns diese Sache höchst bedenklich erscheint. Die Abhaltung einer Messe und die Einschleppung der Cholera sind unzertrennlich von einander.

Die jetzt ist die Cholera nur bis Dresden, aber auch bis Magdeburg und sogar bis Halle vorgezogen, Leipzig selbst ist verschont geblieben. Es ist also höchst gefährlich, in eine ohnehin schon so vollkommene Stadt wie Leipzig eine so bedenkliche Anzahl Menschen zusammenzupressen, wie sie die Messe jedes Mal mit sich bringt! Fragen wir uns, welche Vortheile die Messe mit sich bringt, so ist einfach darauf zu antworten, daß die wandernden Krämer, die wandernden Gauller und Schwindler und die Gastwirthe und Restaurateure die Einzigen sind, welche aus der Messe einen Gewinn ziehen. Das Publikum, namentlich die arbeitenden Klassen, haben von der Messe nur das Vergnügen, mit schlechter Waare um ihr gutes Geld geprellt zu werden. Die arbeitenden Klassen sind es ebenfall, welche die Folgen einer Cholera-Epidemie am schwersten zu fühlen hätten, denn dem Mittellosen geht die gehörige Pflege bei dieser gefährlichen Krankheit selbstverständlich ab. Aus alledem ergibt sich, daß die Messe in jedem Fall eine Schädigung der arbeitenden Klasse ist. Dieselbe für diesmal zu verbieten, läge aber schon deshalb im höchsten Interesse der Leipziger Einwohnerschaft, weil eine so massenhafte Ansammlung von Menschen geradezu eine Provokation der asiatischen Pest ist. Hier wäre ein Verbot wohl bedeutend besser angebracht, als beim Eisenacher Congress, nicht wahr, Herr Rüder? Wir wollen sehen, was die Leipziger städtischen Behörden zu ihm gesonnen sind! In andern Städten verbietet man Volksversammlungen, Feste, Tanzbelustigungen und andere Ansammlungen von Menschen; wir wollen sehen, ob man in Leipzig nicht endlich einmal ein Verbot am rechten Ort anbringt. Möge man maßgebenden Ortes erwägen, was dem allgemeinen Wohle zweckdienlicher sei: wenn die Krämer, Schaubudenbesitzer, Gauller und Gastwirthe einmal ohne besonderen Profit auskommen müssen, oder wenn eine Stadt von 110,000 Einwohnern der dringendsten Gefahr, von einer gefährlichen Pest heimgesucht zu werden, entgegengeführt wird. Man sollte wirklich meinen, hier solle die Wahl nicht schwer!

Dresden. Am Sonnabend, den 6. d. M. fand hier eine öffentliche Tischler-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Die Lage der Tischler in Deutschland und Ausgabe der Dresdener Lohnliste für Tischler-Arbeiter. Der Saal war zum Erdrücken voll und folgte die Versammlung dem Vortrag und den Ausführungen des Unterzeichneten mit Aufmerksamkeit. Nachdem ich die Lage der Tischler als die gleiche in ganz Deutschland geschildert und auf die verschiedenen Stripes hingewiesen, welche wohl Zeugnis von der verschiedenen Lage der Tischler geben, bewies ich, daß es eine unbedingte Nothwendigkeit sei, die Lage der Tischler zu verbessern und daß sich alle zu einem großen Bunde vereinigen müßten. Ich führte der Versammlung hierauf den Zweck und Nutzen der Holzarbeiter-Gewerkschaft vor und wurde auch folgende Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Tischler erkennt die Gewerkschaft der Holzarbeiter als diejenige Verbindung an, die im Stande ist, den Tischler zu dem Ziele zu führen, wozin er strebt, und verpflichtet sich, mit aller Kraft für dieselbe einzutreten.“ Es versuchte zwar ein Herr Ehrenforth (wahrsch. einlich von Berlin hierher geschickt), Propaganda für den Tischler- und Schreiner-Verein zu machen, aber so ist wohl selten einem heimgelendet wie diesem. Herr Knyert hat ihm zu wissen, daß wir eine Organisation hätten in der Gewerkschaft und nicht gewillt seien, so lange uns nicht Besseres geboten wird, dieselbe zersplittern zu lassen. Es wurde sodann noch von verschiedenen Seiten gefragt, ob denn der Tischler- (Schreiner-) Verein irgend etwas biete, was die Gewerkschaft nicht längst schon geboten hat. Hierauf blieb uns der Herr natürlich die Antwort schuldig und wird sich wohl sobald nicht wieder einfallen lassen, Zersplitterungsversuche hierorts anzustellen.

Wir kamen auch noch auf den Strite der Tischler in Hannover zu sprechen und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Tischler-Versammlung erkennt den Kampf der im Strite sich befindenden Tischler in Hannover für einen gerechten und hält es für ihre Pflicht, denselben nach Kräften zu unterstützen.“

Eine vorgenommene Teller-Sammlung hatte das Resultat, daß 9 Thlr. eingingen, welche sofort nach Hannover geschickt werden sollen und wird darauf hingewirkt werden, daß im Laufe der Woche mehr gethan wird. Es wurde dann zum 2. Punkt der Tagesordnung übergegangen, die Ausgabe der Preidtarife für Tischler-Arbeiter betreffend. Nachdem noch darauf hingewiesen, um die gegenseitige Concurrenz in etwas zu beseitigen, daß Lohn-tarife von großem Nutzen seien, wurden dieselben gegen eine Entschädigung von 1/2 Ngr. an die Versammelten verabschiedet.

3. J. Peters, Tischler, Schreiberstraße Nr. 8, 2. Etage.
NB. Allen Holzarbeitern zur Nachricht, daß ich in der hiesigen Gewerkschaft als Delegirter für den Congress in Nürnberg bestellt worden bin und ersuche ich diejenigen, welche keinen direkten Vertreter senden können und gewillt sind, sich durch mich vertreten zu lassen, ihre Mandate und etwaige Anträge schleunigst an obige Adresse gelangen zu lassen.
D. D.

Dresden. Eine öffentliche Versammlung der internationalen Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer, welche sehr stark besucht war, fand kürzlich in der Centralhalle statt. Auf der Tagesordnung stand:

- 1) Bericht der Deputation, welche zur Untersuchung des Unglücks auf der Streblener Straße erwählt war.
- 2) Abrechnung über die Verwendung der eingegangenen Unterstützungen.
- 3) Errichtung einer Börse und Einführung von Lohnlisten für die Bauhandwerker.

Ueber den ersten Punkt referirte Gähler. Er berichtete ausführlich über die Schritte, welche die Deputation gethan, um den Ursachen des Unglücks auf die Spur zu kommen und verlas darauf bezügliche Aktenstücke (Eingaben an den Stadtrath und Antworten desselben), aus welchen hervorgeht, daß die Thätigkeit der Deputation eine überaus rege gewesen ist. Redner beruft sich auf das Zeugnis eines Arbeiters, welcher direkt bei jenem Treppenaufbau beschäftigt gewesen und welcher konstatiert habe, daß die fünfte Stufe, von oben gezählt, bedeutend kürzer gewesen sei, als die andern, und infolge dessen auf beiden Seiten zu wenig Auflage gehabt habe; diese Stufe sei auch zuerst gebrochen und dadurch das Unglück geschehen. Gähler weist ferner darauf hin, wie hinsichtlich die Behauptung der städtischen Baubehörde sei, daß an dem Unglück „Niemand“ Schuld trage, und wie sehr es dem Stadtrath misslungen, für dieses Botum Beweise zu bringen. Der Letztere mache vielmehr lächerliche Ausreden, z. B. sage er in seiner Antwort auf eine Interpellation, „er habe nicht so viel Beamte, daß er jeden Bau von früh bis Abends überwachen lassen könne.“ Redner führt ferner an, daß die Beurteilung von Theoretikern nicht immer maßgebend sei, der Arbeiter, der praktisch bei der Sache theilhaftig gewesen, müsse das competenteste Urtheil haben. Schließlich beklagt er sich bitter über die Zurücksetzung, welche der Arbeiter dadurch erfährt, daß man ihm trotz der so schlagenden Be-

weise sein Recht nicht widerfahren läßt. — Nach diesem mit großem Beifall aufgenommenen Referat ergriff Ufert das Wort. Derselbe erklärt, es sei sehr natürlich, daß der Arbeiter zurückgesetzt werde, dafür leben wir ja im Klassenstaat, in welchem der Arbeiter ungerichteter Weise die unterste Stellung einnehmen müsse. Er weist auf das Haftpflichtgesetz hin, welches zwar Eisenbahnreisende schütze, aber gerade den Bauhandwerker, der des gesetzlichen Schutzes für sein Leben am meisten bedürfe, von diesem Schutz ausschließe. Er mahnt dringend, die Arbeiter möchten ihre Klassenlage erkennen, möchten sich vereinigen und dadurch emancipiren, denn nur durch Vereinigung aller Arbeiter könne ihre Lage gebessert werden. — Petrich bemerkt darauf noch, die Behörde sehe es nie, wenn ihre Beamten oder die Bauunternehmer ein Unglück verschulden, sie habe vor einigen Jahren bei dem Unglück, welches beim Bau der Gewerkschule auf der Vogelwiese geschah, auch gesagt, es sei Niemand daran Schuld, ebenso bei anderen Gelegenheiten. Daher sei es ganz natürlich, daß auch hier, trotz der deutlich zu Tage getretenen groben Fahrlässigkeit, nach ihrer Ansicht „Niemand“ die Schuld an dem Unglück trage. — Hierauf schlägt der Vorsitzende Knof folgende Resolution vor:

Die am 4. September a. c. stattgefundene Versammlung der Maurer und Zimmerer Dresdens und Umgegend beschließt, den Beschluß der Versammlung vom 5. Mai a. c. aufrecht zu erhalten und den Stadtrath zu ersuchen, erwähnten Beschluß zu respizieren, resp. zur Genehmigung gelangen zu lassen.

Sollte der Stadtrath abermals eine gänzlich abgeschmackte Antwort geben, wird die gewählte Deputation beauftragt, Schritte zu thun, welche zur Erreichung des obigen Verlangens geeignet sind.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung übergehend, verliest Knof eine ausführliche Abrechnung, aus welcher klar ersichtlich ist, daß die betreffenden Gelder gewissenhaft verwaltet und zweckmäßig vertheilt wurden. — Da keine Debatte hierüber stattfand, begann Gähler das Referat über den 3. Punkt, Errichtung einer Börse betreffend. Er begann mit einer Schilderung der Lage der Arbeiter, erklärte dann, wie ungleich und ungewöhnlich die Löhne oft gezahlt würden und empfahl zur Abänderung dieser Mißstände die Einführung von Lohnlisten und Errichtung einer Börse für Bauhandwerker. — Ufert, welcher hierauf das Wort erhält, bebauert, nicht in allen Punkten dem Referenten beistimmen zu können. Die Arbeitslöhne regeln sich nach Angebot und Nachfrage; die Gründung einer Börse speziell für Dresden sei nutzlos, überhaupt halte er dieses Unternehmen nicht für praktisch. Nachdem mehrere Redner sich für das erwähnte Project ausgesprochen, wird folgender Antrag Knofs einstimmig zum Beschluß erhoben:

Die heutige Versammlung beschließt, in einem Zeitraum von 3 Monaten einen allgemeinen Handwerkerstag der Bauhandwerker aller Länder (Maurer, Zimmerer und Handarbeiter) einzuberufen. — Specialitäten, welche auf dem genannten Handwerkerstage erörtert werden sollen, werden der internationalen Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft überwiesen. Hierauf wurde die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen.

Hannover, 9. September. Der Tischlerstrite dauert hartnäckig fort. Der Zuzug ist streng fernzuhalten. Unterstützungen wolle man senden an unsern Kassirer W. Schulz, Bahnhofsstraße Nr. 1. Die Fortsetzung der Deputation über eingegangene Unterstützungen folgt in nächster Nummer. Die Strite-Commission.

Frankfurt a. M., 7. Septbr. (Zum Steindrucker-Strite.) Allen Collegen zur Nachricht, daß unser Strite beendet ist; unsere Forderungen sind zum größten Theile bewilligt. Doch müssen wir bitten, den Zuzug noch fern zu halten, weil mehrere Collegen noch ohne Condition sind und diese erst untergebracht werden müssen; was uns insofern schwer fällt, weil fremde Collegen die Plätze derselben während des Strites besetzt haben.

Gleichzeitig sei hier bemerkt, daß nach Beschluß unserer Versammlung vom 6. d. Mts. fernerhin nur an solche Collegen eine Reiseunterstützung verabreicht wird, welche sich als Mitglieder eines Vereins, wie er hierorts besteht, legitimiren können.

Ueber unseren Strite folgt die Abrechnung in einer der nächsten Nummern.
Mit Gruß: G. Müller.

Stuttgart, 8. September. Sämtlichen Collegen Deutschlands thun wir hiermit zu wissen, daß sich die hiesigen Schreiner seit 8 Tagen im Strite befinden. Unsere Forderung besteht in 10 stündiger Arbeitszeit, der geringste Lohnsatz ist 1 fl. 36 kr., für den mittleren Arbeiter 2 fl., für den besseren Arbeiter 2 fl. 30 kr.

Indem uns eine große Zahl der Arbeitgeber diese bescheidenen Forderungen abgeschlagen haben, sind wir gezwungen, die Arbeit einzustellen. Wir bitten daher unsere Collegen, den Zuzug von hier fern zu halten, und uns wenn möglich zu unterstützen.

Etwasige Unterstützungen möge man senden an den Kassirer des Strite-Comite: Herrn Sigloch, Holzstraße Nr. 10, bei Herrn Wesser.
Das Strite-Comite.

Innere Partei, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten. *)

Aufforderung.

Die Parteigenossen aller Orte werden hierdurch aufgefordert, die nach § 5 der Geschäftsordnung neu zu ernennenden Vertrauensmänner unverzüglich in Vorschlag zu bringen, sowie deren genaue Adressen anzugeben.

Hamburg, den 8. September 1873.
Der Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

An die Parteigenossen.

Ant § 9 der Organisation muß über nachstehende Kongreßbeschlüsse eine Urabstimmung erfolgen:

1. Dem § 16 der Organisation folgende Fassung zu geben: „Der Sitz des Ausschusses kann, wenn Letzterer seinen Pflichten nachgekommen, wieder gewählt werden, doch darf sich derselbe nie länger als zwei aufeinanderfolgende Jahre an ein und demselben Orte befinden;“
2. Daß für die Zukunft eine Ermäßigung der Parteisteuer unter 1 Sgr. pro Monat nicht mehr gestattet sein möge.

Die Vertrauensmänner werden deshalb hierdurch aufgefordert, behufs Vornahme der Urabstimmung in kürzester Zeit eine geschlossene Mitgliederversammlung einzuberufen.

Die Abstimmung über beide Punkte muß getrennt vorgenommen werden.

Das Resultat der Abstimmung ist bis spätestens den 10. Oktober an den Secretär des Ausschusses einzusenden, und muß ganz speciell angegeben sein, wie viele der anwesenden Mitglieder bei der

*) Des spätem Eintreffens wegen an diese Stelle gesetzt.

Abstimmung über jeden der beiden Punkte mit Ja, d. h. für die Annahme, und wie viele mit Nein, d. h. für Nichtannahme gestimmt haben.

Abstimmungsergebnisse, in welchen die Zahl der für oder wider abgegebenen Stimmen nicht genau angegeben ist, also ab die ohne Angabe der Zahl der Stimmen in der beliebigen Weise: „einstimmig angenommen“ oder „einstimmig abgelehnt“ lauten, sind ungültig.

Hamburg, den 8. September 1873.
Der Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilsscheine bez. Antheilsausstellungen erhielten ferner: in Mey 2. Oyl. 2, in Stuttgart M. Mdl. 1, W. Vdr. 3, F. Nr. und Comp. N. Rz. 1 Thlr.
Hablisch.

Briefkasten
der Expedition: S. J. He Lindenan Ab. Sept. Thlr. 1 11
Vdm Drankbaum Phot. Thlr. 2. Alg. Deutscher Schneiderverein
Ann. 15 Gr. 3. Oyl. Mey Sch. Thlr. 1. Orbl. Speyer Ann. 2 Gr.
N. Döhn Müllen St. Kiffas: Die Annoncen des Consumvereins kosten
Thlr. 1 6, (siehe Annoncennummern Nr. 83.) F. Weßhaupt Radensburg
Die 10. Lief. Hochver. Proj. erscheint nächste Woche. C. A. Schram
Berlin: Die Ann. kostet 8 Gr. Lehme Breslau: Bei Ab. heißt es
Viel Geshrei und wenig Wolle. Nicht mißlich.

Anzeigen etc.

Berlin Man abonniert vom 1. Juli ab auf den „Volkstaat“ monatlich 7 1/2 Sgr. frei ins Haus, bei den Herren Trautmann, Engelstraße 6b, 4 Tr.; Frieß, Schwedterstraße 28, Hof part. Wegner, Linienstraße 79; Prinsch, Lindenstraße 11, Hof 4 Tr. bei Giesch N. Dauer, Kopenstr. 38; Schmoide, Steintierstr. 43, Hof part. [39]

Breslau Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Montag, den 15. d. M., Abends 8 Uhr:
Geschlossene Mitglieder-Versammlung
in Cammer's Restauration, Mehlgasse 12. — L.-D.: 1) Vorklaus eines Vertrauensmannes und zweier Revisoren. 2) Wichtige innere Angelegenheiten.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig insbesondere aber werden die Vorstandsmitglieder der verschiedenen Gewerkschaften dringend ersucht, anwesend zu sein.
Die Karten sind vorzuzeigen.
Der Vertrauensmann.

Hamburg Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 13. d. M., Abends präcise 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung
in Hansch's Cinklokal, Schauenburgerstr., II. Etage.
Gäste und Solche die Mitglieder werden wollen, können eingeführt werden.
Marties.

Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Montag, den 15. September, Abends 9 Uhr:
Versammlung
in Hansch's Cinklokal, Schauenburgerstr. 14.
Tagesordnung: Abrechnung und Bericht des Festcomit's. — Wahl der Mitgliederarten sind vorzuzeigen.

Hamburg-Altona-Wandsbeck.
Montag, den 15. Septbr., Abends 10 Uhr, bei Hansch, Schauenburgerstraße 14:
Versammlung
der in Hamburg und dessen 1 meiligen Umkreise wohnhaften Mitglieder der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig, behufs Neuwahl des Aufsichtsrathes.
Ed. Frey,
Vorfig. des Aufsichtsrathes.

Leipzig Internationale Metallarbeitergewerkschaft.
Montag, den 15. Sept., Sitzung bei Arnold, [Reubnigerstraße. — Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Besprechung über ein abzuhaltendes Stiftungsfest.
Um jährliche Vertheilung der Mitglieder bittet
D. Ber.

Stuttgart Zur Beachtung für Schneider.
Das unentgeltliche Arbeits-Nachweisdureau findet sich Hauptstädterstraße Nr. 19 bei Franz Wörner.
Der Vorstand des Stuttgarter Schneidervereins.
Lypse. 1873. 16. 10. 1873. [39]

Gewerkschaftsverwaltungen.

Gewerkschaft der Holzarbeiter:
Vorstand: Th. Nord, Hamburg, Erste Vorsteher Nr. 13, Kassirer O. Somann, Altona, Adolphstr. Nr. 32.

Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer:
Vorstand: Heinrich Rike, Braunschweig, Schützenstraße Nr. 50, Kassirer Wilh. Weisenfée, Braunschweig, Kupferstraße Nr. 8.

Gewerkschaft der Schneider:
Vorstand: O. Schöffel, Chemnitz, Zimmerstr. 16.

Gewerkschaft der Schuhmacher:
Vorstand: W. Bod, Gotha, Berg 37, Kassirer A. Kallein, Gotha, Hülsgasse 16.

Internationale Metallarbeitergewerkschaft:
Vorstand: Rich. C. J. Wolf, Chemnitz, Lindenstraße 8, Kassirer Carl Herm. Hietthier, Chemnitz, innere Rochlitzerstr. 38, 3. Etage. (M)

Bekanntmachung.

Die Vertrauensmänner oder Filialexpeditionen derjenigen Orte, für welche es unmöglich ist, ihren vollen Bedarf an Volksstaat-Exemplaren pro viertes Quartal (Oktober—Dezember) durch die Post zu beziehen und demnach die Filiale beibehalten, werden hiermit aufgefordert, uns hiervon unter Angabe der benötigten Zahl von Exemplaren baldigst Nachricht zu geben. Der Versandt geschieht jedoch nur dann, wenn das Abonnement für das dritte Quartal vollständig berichtigt ist.

Filialen, die am 1. Oktober noch existiren, oder von welchen uns Nachricht über das Fortbestehen derselben nicht zugegangen, werden für aufgehoben erachtet. Für Sachsen und Herzogthum Altenburg werden neue Filialen nicht errichtet.
Leipzig, 9. September 1873.

Die Expedition des „Volkstaat“.

Leipzig Druckm. Adalbert C. Casper. (Redaktion und Expedition: Leipzigerstr. 44). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.